

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Matthias Seestern-Pauly, Katja Suding, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Dr. Gero Clemens Hocker, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Ulrich Lechte, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Michael Theurer, Stephan Thomae, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Minderjährige Eltern

Schwangerschaften sind ein Grund zu Freude. Sie sind eines der einschneidenden Erlebnisse im Leben. Kinder bedeuten viel Arbeit und schlaflose Nächte und finanzielle Verpflichtungen über Jahre hinweg – doch vor allem bedeuten Kinder unermessliches Glück. Kommt das erste Kind, stellen die Eltern in der Regel ihr Leben um und richten sich nun als Familie neu ein. In diesem Zusammenhang existieren vielfältige Angebote, um Eltern bei der Sorge und Erziehung ihrer Kinder Hilfestellungen zu geben.

Eine besondere Gruppe der Eltern stellen Minderjährige dar. Eine Schwangerschaft bei Minderjährigen bedeutet gravierende Einschnitte in der (Aus-)Bildung und der Lebensplanung. Minderjährige müssen plötzlich selbst die Mutter- oder Vaterrolle übernehmen. Nicht in allen Fällen kann oder will das familiäre oder soziale Umfeld bei ungeplant schwangeren Minderjährigen und bei minderjährigen Eltern die Unterstützung und Beratung geben, die die jungen (werdenden) Eltern benötigen.

Dabei sind diese Beratung und Unterstützung gerade auch im Interesse der Kinder minderjähriger Eltern. Ausschlaggebend ist, inwieweit minderjährige Eltern die Hilfen und Unterstützungen erhalten, die sie brauchen, um ihrer Rolle als Mutter oder Vater im Sinne des Kindes gerecht zu werden.

Aus Sicht der Fragesteller besteht Informationsbedarf, welche Maßnahmen und Angebote die Bundesregierung zur Unterstützung und Beratung minderjähriger Eltern fördert und bereitstellt.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Aufklärungskampagnen zur Verhütung einer ungewollten Schwangerschaft bei Minderjährigen wurden in den letzten zehn Jahren von der Bundesregierung gefördert (bitte nach Kampagne, Zeitraum sowie Höhe der Förderung aufschlüsseln)?

2. Wie viele minderjährige Frauen haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren in Deutschland Kinder zur Welt gebracht?
3. Bei wie vielen dieser Geburten wurde nach Kenntnis der Bundesregierung keine Vaterschaft eingetragen?
4. Wie viele Amtsvormundschaften des Jugendamtes in Fällen minderjähriger Elternschaft gab es in den letzten zehn Jahren nach Kenntnis der Bundesregierung?
5. Wie viele Ehen mit mindestens einem minderjährigen Elternteil wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren in Deutschland geschlossen?
6. Welche Beratungsangebote gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung, die sich speziell an minderjährige Mütter richten?
7. Welche Beratungsangebote gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung, die sich speziell an minderjährige Väter richten?
8. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Nachfrage sowie Inanspruchnahme dieser Beratungsangebote vor?
9. Welche Angebote zur praktischen Lebenshilfe gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung für minderjährige Eltern, z. B. durch Wohnheimangebote, aufsuchende Sozialarbeit?
10. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Nachfrage sowie Inanspruchnahme dieser Angebote zur praktischen Lebenshilfe vor?
11. Welche Studien wurden in den letzten zehn Jahren durch die Bundesregierung zum Bedarf und der Situation minderjähriger Eltern gefördert (bitte nach Studie, Zeitraum sowie Höhe der Förderung aufschlüsseln)?
12. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in den letzten zehn Jahren ergriffen, um minderjährige Eltern zu unterstützen (bitte nach Maßnahme, Zeitraum und Höhe der veranschlagten Haushaltsmittel aufschlüsseln)?
13. Mit welchen Verbänden und anderen Interessenvertretungen minderjähriger Eltern steht die Bundesregierung in einem strukturellen Austausch?
14. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft, um die Situation binationaler minderjähriger Eltern zu adressieren?

Berlin, den 4. November 2020

Christian Lindner und Fraktion